

Mögliche Krebsgefahr von WHO bestätigt

Die Einstufung der WHO über die möglichen Gefahren von Handys muss nun Politik, Medien und Industrie auf den Plan rufen. Erklärung der Wiener Ärztekammer vom 09.06.2011

Wien (OTS) - Die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen durch Mobilfunkstrahlen sind schon seit Jahren Gegenstand laufender Forschungen und öffentlicher Diskussionen. Nun hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Handystrahlungen untersucht und der Gefahrenkategorie 2B zugeordnet. Das bedeutet, dass Handys möglicherweise krebserregend sind. Die Ärztekammer fordert nun ein umfassendes Maßnahmenpaket, allen voran ein Werbeverbot mit der Zielgruppe Kinder, Schulungen von Lehrern über das Gesundheitsrisiko bei Handygebrauch sowie die Förderung einer von der Industrie unbeeinflussten Forschung.

"Die Menschen machen sich Sorgen über die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlungen", betonte der Präsident der Österreichischen und Wiener Ärztekammer, Walter Dorner, heute Vormittag bei einer Pressekonferenz. Mit der neuen Klassifikation sei diese Sorge nun endlich auch auf der großen politischen Bühne angekommen. Dorner: "Wir werden weiterhin auf das Vorsorgeprinzip bauen, denn Vorsorge darf nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert werden!" Man solle das Vorsorgeprinzip respektieren und die aktuellen Grenzwerte noch einmal überarbeiten, "sonst könnte es zu hohen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgekosten kommen, wie in der Vergangenheit bei Asbest oder Tabak", betonte der Ärztekammerpräsident. Besonders Kinder und deren Eltern müssten über die potenziellen Gefahren von Mobilfunkstrahlung aufgeklärt werden. "Die Mobilfunkbetreiber streiten weiterhin jegliches Risiko einer Gesundheitsgefährdung für Kinder kategorisch ab und unternehmen nichts, um über die

möglichen gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Telefonierens mit dem Handy bei Kindern und Jugendlichen zu informieren", bringt es Dorner auf den Punkt. Im Gegenteil: "Mittels Werbemaßnahmen wird ein positives Bild über Handys in der Öffentlichkeit vermittelt, zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen gibt es seitens der Mobilfunkbetreiber und deren Lobbying-Institutionen keine Meldungen in den Medien. Das Image des Handys muss sich ändern!"

Verstärkte Forschungsbemühungen - neue Empfehlungen

"In den letzten zehn Jahren hat die Erforschung der Wirkungen niedriger Intensitäten von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern (EMF) so stark zugenommen wie nie zuvor in der Geschichte", so Michael Kundi, Leiter des Instituts für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien, und er liefert auch gleich den Grund dafür: die Einführung der mobilen Telefontelefonie. Als plötzlich Mitte der 1990er-Jahre der Gebrauch von Handys nahezu explosionsartig zunahm, habe es rasch Bedenken über die mögliche Gesundheitsgefährdung gegeben, und viele wissenschaftliche und medizinische Organisationen, einschließlich der WHO, empfahlen verstärkte Forschungsbemühungen. Diese Empfehlungen zeigten Wirkung. Kundi: "Die Forschung zu dem Thema nahm stark zu, hatte aber nicht immer ein klares und international abgestimmtes Konzept. Das jetzt vorliegende Votum kommt einige Jahre später als geplant, weil die größte bisher durchgeführte epidemiologische Untersuchung von Tumoren im Kopfbereich, die Interphone-Studie (eine von der International



Walter Dorner, Präsident der Österreichischen und Wiener Ärztekammer

Agency für Research on Cancer [IARC] koordinierte internationale Untersuchung, Anm.) mehr als drei Jahre später als vereinbart veröffentlicht wurde." Der Hintergrund: Die Veröffentlichung der Studie, in der unter anderem mehr als 2700 Patienten mit bösartigen Hirntumoren untersucht wurden, musste man erst abwarten, bevor ein Votum abgegeben werden konnte.

Zweck der Risikobewertung durch die IARC, einer Teilorganisation der WHO, ist es, adäquate Maßnahmen treffen zu können, um das Krebsrisiko zu minimieren. "Bei einer Einstufung in Gruppe 1 müssen im Allgemeinen Schutzmaßnahmen gesetzt werden (zum Beispiel Nichtraucherschutz, Anm.), bei 2A oder 2B sind neben der Information der Bevölkerung über das wahrscheinliche oder mögliche Risiko Vorsorgemaßnahmen zur Reduktion des Exposition angezeigt", so Kundi. Eine solche "vorsorgliche Reduktion der Exposition" fordern bekanntlich sowohl die Ärztekammer und auch der Oberste Sanitätsrat bereits seit Jahren. "Jetzt, nach dem ersten internationalen Votum, das ein mögliches Krebsrisiko konstatiert, sollten jedenfalls alle Bemühungen zur Umsetzung des Vorsorgegedankens intensiv verstärkt werden", meint Kundi.

Umfassender Forderungskatalog der Ärzte

"Jahrelang wurde das Thema bei uns heruntergespielt, und nun erkennt die WHO die Bedenken als gerechtfertigt", zeigt sich Wilhelm Mosgöller vom Institut für Krebsforschung der Medizinischen Universität Wien bei der Pressekonzferenz der Ärztekammer zum Thema Mobilfunk sehr erfreut über die Einstufung über die Gefahren von Handys. Aber: "Mehr als zwölf Jahre nach unseren ersten Nachhaken, und nachdem jetzt auch die IARC nachgezogen hat, reagieren die MobilfunkInteressenvertreter trotzdem wie gewohnt mit Verharmlosung, zeigen sich als unbelehrbar und ohne Konzept, das der Faktenlage gerecht wird", kritisiert der Experte. Insbesondere das etwas hilflose "Wir halten doch die Grenzwerte ein!" blende völlig aus, wie diese "Grenzwerte" zustande kämen. Mosgöller: "Dabei beruft man sich auf Schutzwerte für zuviel akute Erwär-

mung. Bei der IARC-Einstufung geht es aber nicht um akute Wärme, sondern um völlig andere Effekte wie Langzeitwirkungen, zum Beispiel hinsichtlich eines Krebsgeschehens."

Das aktuelle IARC-Votum hebt nun die Diskussion auf jene Ebene, wo Wissenschaft und verantwortungsvolle Politik sich treffen. Mosgöller: "Es ist ein Auftrag an die Politik, dem Stand der Wissenschaft gerecht zu werden und zum Beispiel das Vorsorgeprinzip einzuführen und weiters die Forschung ohne Zutun der Mobilfunkindustrie voranzutreiben."

Auftrag an Politik und Medien

"Politik, Medien und Industrie sind nun gleichermaßen gefordert, die entsprechende Aufklärung an den Schulen und in der Bevölkerung auch umzusetzen", bringt es Erik Huber, Referent für Umweltmedizin der Ärztekammer für Wien, auf den Punkt. Es sei nun wich-

tig, die Bevölkerung rasch und umfassend zu informieren, dass es bei Mobilfunkstrahlung möglicherweise ein gesundheitliches Risiko gebe und Funkanwendungen nicht bedenkenlos eingesetzt werden sollten. Huber: "Das Festnetz wird abgemeldet, zu Hause wird mit UMTS-Sticks gesurft - diese Entwicklung gäbe es nicht, wenn mehr Risikobewusstsein vorhanden wäre!" Hier seien alle in die Pflicht zu nehmen: Ärzte, Medien, Politik, und nicht zu letzt die Industrie, die daran verdient", stellt der Umweltmediziner klar. Die Ärztekammer werde jedenfalls auch weiterhin nach dem Vorsorgeprinzip handeln, "aber wir verstärken unsere Forderungen an Politik, Medien und Industrie, wie auch von der WHO und dem Europäischen Rat beansprucht." Es sei nun an der Zeit, das Thema Mobilfunk und mögliche Gesundheitsgefährdung nicht mehr auf die leichte Schulter zu nehmen.

Die "10 Forderungen der Wiener Ärztekammer an Politik, Medien und Industrie" lauten daher:

1. Werbeverbot mit Zielgruppe Kinder und Jugendliche - Hinweis am Ende jeder Werbung auf mögliche Gesundheitsgefahren
 2. Kennzeichnung des SAR-Wertes und Hinweis auf die "10 medizinischen Handy-Regeln" im Verkauf
 3. Schulung von Lehrern über das Gesundheitsrisiko Mobilfunk
 4. Attraktivität von Festnetz erhöhen (Flaterate bei Festnetz, keine Flateratetarife mehr bei Mobilfunk)
 5. Festnetztelefonieren muss billiger sein als am Handy zu telefonieren (Festnetz zu Handy-Tarifen gestalten)
 6. Warnungen vor mobilem Internet - insbesondere aufgrund der hohen Dauerbelastung von Körperteilen, bei denen die Wirkungen noch nicht untersucht wurden
 7. Implementierung von Unbedenklichkeitsprüfungen noch vor Einführung neuer Technologien, da schädliche Auswirkungen von Stoffen wie Asbest, Nikotin oder PCB erst Jahrzehnte nach ihrer Einführung zutage getreten sind; daher Risikovorsorge in der Politik bis zur weiteren Klärung durch die Forschung
 8. Einführung des so genannten "ALARA-Prinzips" (as low as reasonably achievable) bei Mobiltelefonen, DECT (digital enhanced cordless telecommunications) und WLAN
 9. Schaffung einer Reserve für spätere Schadenersatzforderungen
 10. Förderung einer von der Industrie unbeeinflussten Forschung (10 Prozent des Marketingbudgets für Forschung und Aufklärung, Verteilung durch eine unabhängige Stelle)
- (S E R V I C E - Die Wiener Ärztekammer hat Informationsmaterial zum Thema aufgelegt. Die Plakate "Strahlende Informationen: 10 medizinische Handy-Regeln" können in der Pressestelle der Ärztekammer für Wien kostenlos - auch für Schulen - unter Tel. 01/51501 - 1223 DW, E-Mail: pressestelle@aekwien.at, bestellt werden. Plakat- Download auf der Homepage der Ärztekammer für Wien: http://www.aekwien.at/media/Plakat_Handy.pdf.)